Historisches Kalenderblatt der SPD Bremen

47 SPD-Mitglieder vor Gericht

110

SPD

Am 19. November 1935 standen 47 Angeklagte vor den Richtern des Oberlandesgerichts in Bremen – alle bis zum Verbot der Partei im Jahr 1933 SPD-Mitglieder. Die Anklage: Vorbereitung zum Hochverrat. Nach dem Verbot arbeitete der Vorstand im Untergrund weiter. Aus Anlass des Jahrestags der Novemberrevolution traf er sich mit leitenden Funktionären am 9.11.1935. Ein Spitzel hatte aber die Gestapo informiert, alle wurden verhaftet. Zu diesem Zeitpunkt saßen schon zahlreiche Sozialdemokrat:innen in Untersuchungshaft, sie wurden auch in das Verfahren einbezogen. Allen wurden vorgeworfen, einen gewaltsamen Umsturz vorbereitet zu haben. Es gab unter anderem folgende Urteile:

Deutsche
Ostfront
National-Sozialistische Oberschlesische Tageszeitung
Das Ende des Marxismus
Die SPD. verboten
Hoch- und landesverräterische Betätigung dieser Volksfeinde

Häme der Nazis in der regionalen Tageszeitung der NSDAP »Deutsche Ostfront« vom 23.6.1933

Hermann Osterloh	8 Jahre Zuchthaus	
Anna Stiegler	5 Jahre Zuchthaus	(dann KZ Ravensbrück)
Johann Kühn	3,5 Jahre Zuchthaus	(dann KZ Oranienburg)
Hans Hackmack	3 Jahre Zuchthaus	(dann KZ Börgermoor)
Hermine Berthold	3 Jahre Zuchthaus	
Wilhelm Blase	3 Jahre Zuchthaus	
Karl Stiegler	2 Jahre Gefängnis	(dann KZ Sachsenhausen)
Richard Boljahn	2 Jahre Gefängnis	
Henri Lankenau	1,5 Jahre Gefängnis	
Emil Theil	10 Monate Gefängnis	(dann KZ Sachsenhausen)

Die Überstellung in Konzentrationslager erfolgte ohne gerichtliche Entscheidung, sondern als Willkürmaßnahme der Gestapo. Johann Kühn und Karl Stiegler sind dort zu Tode gekommen.

Unter den Verurteilten waren zahlreiche Frauen. Sie hatten eine wichtige Rolle, indem sie die erste Aktivität nach dem Verbot und den ersten Verhaftungen anstießen: die Unterstützung der Verhafteten und ihrer Familien. Auf einer illegalen Frauenkonferenz im Juni 1933 wurde beschlossen, den Zusammenhalt durch Ausflüge und Treffen anderer Art zu bewahren.

Mit der Inhaftierung der führenden Mitglieder war die Parteiorganisation zerschlagen worden. Der Widerstand verlagerte sich dann in legale Organisationen: den Arbeitersängerchor Bremen, die Verbrauchergenossenschaft »Vorwärts«, die Versicherung auf Gegenseitigkeit »Volksfürsorge« und mehrere Bestattungsvereine sowie auf private Feiern und Treffen.

11 2026 | Autor Karl Bronke | Verantwortlich: SPD-Landesorganisation Bremen, Sebastian Schmugler | Foto: Deutsches Historisches Museum Berlin